



Wahlsieger Berlusconi, jubelnde Anhänger bei der Abschlusskundgebung in Rom: *Beispiellose Konzentration von Macht in den Händen*

ITALIEN

# Der unheimliche Milliardär

Mit einer Koalition aus Ex-Faschisten und Rechtspopulisten gewinnt der Medienmogul Silvio Berlusconi die Macht in Rom: ein Risiko für Italiens Demokratie und eine Belastung für Europa.

**C**hinesische Vasen, Marmorsims über dem Kamin, eine kleine Renaissance-Statue, an den Wänden edle Gemälde in reich verzierten Rahmen. Dazu ein kostbarer Schreibtisch und ein Stuhl wie ein Thron: Das ist Italiens neues Machtzentrum.

Aus dem prunkvollen Arbeitszimmer in seiner 147-Zimmer-Villa San Martino in Arcore, einem riesigen Park vor den Toren Mailands, sprach Silvio Berlusconi, 64, wie ein Nachfahre der Bourbonenkönige zum Volk: „Ich werde alles tun, euch nicht zu enttäuschen.“

Fernsehkameras und Mikrofone übertrugen seine erste Botschaft am Tag nach der Wahl in die Studios des Staatssenders Rai und in die privaten des TV-Giganten Mediaset, an dem Berlusconi praktischerweise knapp die Hälfte der Anteile hält.

Der Star der italienischen Polit-Show-master, Bruno Vespa, der schon im Wahlkampf mit devoten Fragen zu Diensten war, durfte ein Interview fingieren: Er lieferte im Studio die Stichworte, Berlusconi dankte, grüßte, lächelte – im dunklen Maßanzug, hellblauen Hemd und mit modisch gepunkteter Krawatte, in den Händen ein Blatt Papier mit weitschweifenden Plänen. Solche Inszenierungen wird es nun in Italien noch öfter geben.

Silvio Berlusconi, Herr über ein 50-Milliarden-Mark-Imperium aus Verlagen, Fernsehanstalten, Kinoketten, Bauunternehmen und Werbeagenturen, Eigentümer des Fußballclubs AC Mailand, Träger des Verdienstordens „Ritter der Arbeit“ und als „Il Cavaliere“ hofiert, hat seit dem 13. Mai eine neue Großfirma: 300 000 Quadratkilometer Gelände, 57 Millionen Be-

schäftigte – Italien. Wie seine Unternehmen werde er das Land führen, hatte er im Wahlkampf angekündigt, und eine breite Mehrheit nahm das als Verheißung: So einen wie ihn, so ihr Glaube, erfolgreich, durchsetzungsstark, notfalls skrupellos – solche Männer braucht das Land.

In einem fulminanten, 100 Millionen Mark verschlingenden Wahlkampf eroberte Berlusconi mit seiner Fünf-Parteien-Allianz „Casa delle Libertà“ (Haus der Freiheiten) 368 von 630 Sitzen in der Abgeordnetenkammer und 177 von 315 Senatsesseln.

Auch wenn in der Provinz noch gezählt, um einige Sitze noch gestritten wird, eine Mehrheit von historischer Seltenheit im Vielparteienstaat gibt ihm nun die ersehnte Chance, das Land mit seiner 59. Nachkriegsregierung „in ein Laboratorium zur



eines mehrfach angeklagten Medienmoguls und Politikers

Entwicklung einer effektiven, beispielhaften Staatsmaschine“ zu verwandeln, so einer der bizarrsten Sprüche Berlusconis.

Alle Warnungen heimischer Intellektueller und ausländischer Kritiker vor einer beispiellosen Machtkonzentration in den Händen des Laboratoriums-Politikers verhallen. Künftig wird der reichste Mann des Landes auch dessen Regierung führen und über die von ihm gegründete Partei Forza Italia das Parlament dominieren. Das private Fernsehen hört längst auf das Kommando Berlusconis. Nun fällt ihm auch das Staatsfernsehen zu.

Die Gewaltenteilung, ein Wesenselement jeder Demokratie, wird in Italien damit gefährdet. Und offen hat der künftige Regierungschef angekündigt, dass er auch die – noch – unbotmäßige Justiz zähmen will.

Selbst ein Heiliger käme bei dieser Anhäufung von Macht in Versuchung, Berlusconi aber ist ein Sünder mit einer langen Liste von Verfehlungen, der Italien und Europa in Bewunderer und Ankläger teilt. Einer mit dem Geruch von Macht und Geld – ein unheimlicher Milliardär.

Ihm zur Seite stehen politische Freunde, die das Misstrauen vieler europäischer Partner gegen das neue Regiment in Rom zusätzlich schüren.

Gianfranco Fini zum Beispiel, der Erbe von Mussolinis Faschistenbewegung, wird Berlusconis Stellvertreter. Seine Alleanza



**Lega-Nord-Chef Bossi**  
*Die kleinen Leute wanderten ab*



**Berlusconi-Partner Fini**  
*Magnet für alte Duce-Fans*

Nazionale (AN) ist ein Magnet für alte Duce-Fans und junge Rechtsradikale, orthodoxe Katholiken und Law-and-Order-Anhänger.

Kaum vertrauenerweckender ist Umberto Bossi, Führer der anfangs separatistischen, heute nur noch populistischen Lega Nord. Wie Fini war auch das italienische Nordlicht Bossi – er stammt aus der Nähe von Varese – Berlusconi Partner bei dessen erstem, schon nach sieben Monaten im Jahr 1994 gescheiterten Regierungsversuch.

Bossi zieht nicht nur gegen Ausländer zu Felde, die für Kriminalität und Moralverlust im Land erhalten müssen, sondern auch gegen Europa. Als verruchte Aktionen von „Freimauern und Kommunisten“ beschimpft er regelmäßig alles, was in Brüssel entschieden wird. Und wenn in Berlin oder Paris über die Zukunft diskutiert wird, wittert Bossi einen „neostalinistischen Plan“ der Linken, die einen „europäischen Superstaat, eine Sowjetunion Europa“, schaffen wollten.

„Wie immer, wenn es zum Schwur kommt, sind die Italiener mit uns auf einer Linie“, hatte sich der deutsche Italien-Botschafter Fritjof von Nordenskjöld noch Ende vorigen Jahres beim brisanten EU-Gipfel in Nizza über die treuen Alliierten südlich der Alpen gefreut. Damit wird es wohl vorbei sein.

Der deutsche Kanzler wolle aus Europa „eine Kopie Deutschlands machen“, argwöhnt ein außenpolitischer Berater Berlusconis. Wie Britanniens Tony Blair und Spaniens José María Aznar werde auch der italienische Regierungschef künftig dagehalten.

Während Kärntens Landeshauptmann Jörg Haider und CSU-Landesgruppenchef Michael Glos laut jubelten (Glos: „Die sozialistische Vorherrschaft in Europa bröckelt“), sieht die Mehrheit der Nachbarn Italiens Wahl mit Sorge.

„Ein schwerer Rückschlag für Europa“, kommentierte das französische Wirtschaftsblatt „La Tribune“. Frankreichs Außenminister Hubert Védrine kündigte „Wachsamkeit“ an.

Aus Berlin ließ Gerhard Schröder kühl verlauten, er respektiere die Entscheidung des italienischen Volks. Schon vor dem Wahltag hatte Schröder mit seinem Pariser Kollegen Lionel Jospin die drohenden Wolken über Rom aufziehen sehen. Beide waren besorgt – aber ratlos. Keiner will noch einmal zu EU-Strafkationen wie gegen Haider-Österreich aufrufen. Zu kläglich waren diese gescheitert.

Dabei sind die Schäden, die das viertgrößte EU-Mitglied anrichten kann, beträchtlich. Berlusconi Wahlversprechen bergen neue Risiken für die anfällige Gemeinschaftswährung des Euro.

Das hoch verschuldete und lange kriegengeschüttelte Italien durfte 1998 dem Euro-Club nur beitreten, weil die skepti-

# „Berlusconi mag keine Sparpolitik“

Römische Risiken für den Bestand des Euro

Paradiesische Zeiten erwarten den italienischen Steuerzahler, wenn Silvio Berlusconi sein Wort hält. Kleinverdiener zahlen bald gar nichts mehr ans Finanzamt, von höheren Einkommen, bis 200 000 Mark, fordert der Fiskus nur noch lasche 23 Prozent. Das verspricht der neue Chef in seinem „Vertrag mit den Italienern“, den er wenige Tage vor der Wahl mit großer Geste in einer Fernsehshow unterschrieb. Die größte Freude wird das Vorhaben bei den Spitzenverdienern auslösen: Statt über 46 Prozent, wie heute, müssen sie demnächst nur noch ein Drittel ihrer Einkünfte abführen. Erbschaft- und Schenksteuer werden abgeschafft.

Aber auch die weniger erfolgreichen Mitbürger hat Berlusconi nicht verges-

sen: Mini-Renten werden auf 1000 Mark im Monat erhöht, davon profitieren schätzungsweise 40 Prozent aller Ruheständler.

1,5 Millionen Arbeitsplätze sollen entstehen, ein gewaltiger „Zehnjahresplan für große Bauwerke“ liegt vor. Neue Straßen und Autobahnen, U-Bahnen und Eisenbahnen, neue Wasserleitungs- und Flutschutzsysteme an den Flüssen hat der künftige Regierungschef seinen Landsleuten vertraglich zugesichert. Mit eingebauter Konventionalstrafe: Wenn er sein Soll am Ende einer fünfjährigen Amtszeit nicht geschafft hat, verspricht er, der Politik den Rücken zu kehren.

Italien wird sich nicht so einfach umdrehen können, wenn das Experiment Berlusconi scheitert. Denn dessen großspurige Verheißungen werden viel Geld verschlingen, zumal er auch noch allerorten Schulen und Krankenhäuser bauen, mehr Polizei gegen die Unterwelt einsetzen und den wirtschaftlich zurückgebliebenen Süden des Landes mit Milliardeninvestitionen und Steuerrabatten für Unternehmer erblühen lassen will.

Aus dem zusätzlichen Wirtschaftswachstum, das von diesem gigantischen Konjunkturprogramm ausgelöst wird, so hofft Berlusconi, würden sich seine „Fünf großen Strategien, um das Leben aller Italiener zu verbessern“, von selbst finanzieren.

Wie problematisch der Ansatz ist, musste schon US-Präsident Ronald Reagan leidvoll erfahren, als er die Steuern allzu rigide kappte. Zwar kurbelte er damit die Konjunktur an, aber zugleich wuchsen die Staatsschulden auf Rekordhöhe.

In Italien könnte dasselbe passieren, fürchten Ökonomen. Denn die Wachstumsraten, die rechnerisch nötig wären, um die Staatsausgaben für die Wahlversprechen bezahlbar zu machen, scheinen kaum erreichbar: Sie müssten deutlich höher sein als in den letzten Jahren. Tatsächlich aber werden die Wirtschaftsprognosen in Italien, wie überall in Europa, gerade nach unten korrigiert. Im Gegenzug wächst das Staatsdefizit, die Lücke zwischen staatlichen Einnahmen und Ausgaben wird breiter.

Die Folgen treffen nicht Italien allein, sondern ganz Europa. Der ohnehin



Reiche in italienischem Palazzo: Erbschaft-

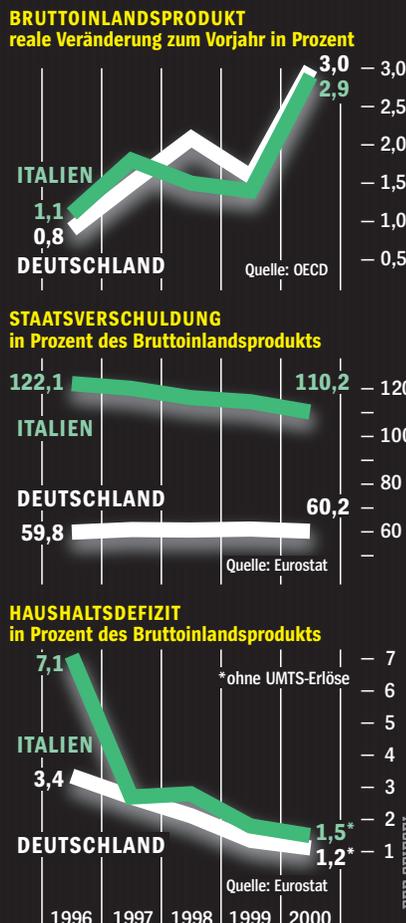
schwächelnde Euro könnte zusätzlich unter Druck geraten. Denn die Devisenmärkte reagieren auf Zahlen aus Rom besonders nervös. Als beispielsweise im Frühjahr 1999 die italienische Regierung bei der EU um Erlaubnis bat, ein wenig mehr Schulden machen zu dürfen, fiel der Euro binnen Stunden um zwei Cent gegenüber dem Dollar.

Die Nervosität der Analysten und Spekulanten ist verständlich. Der italienische Schuldenberg (2513 Milliarden Mark) hängt als schwerer Klotz am Euro. Die seit 1996 regierende Mitte-links-Regierung hat die Schulden zwar ein ganzes Stück abgetragen (siehe Grafik). Den höchsten Stand aber erreichten sie 1994, als Berlusconi zum ersten Mal versuchte, Italien zu regieren. Nach sieben Monaten brach sein Bündnis damals auseinander. Aber noch immer hat Italien mehr Schulden als jedes andere EU-Land.

Hinzu kommt: Die relative Verbesserung in den Staatsbilanzen verdankt Rom mehr dem niedrigen internationalen Zinsniveau als erfolgreichen eigenen Reformen. Im internationalen Wettbewerb fällt Italiens Wirtschaft zurück. Die Arbeitskosten sind zu hoch, die Produktivität ist zu niedrig, eine ineffiziente, wild wuchernde Staatsbürokratie liegt wie Mehltau über dem Land. Früher wurde flugs die Lira abgewertet, schon waren die Exporte wieder billiger und konkurrenzfähiger. Dieser kurzfristig bequeme Ausweg ist versperrt, seit die Lira fest am Euro hängt.

Reformen wären nötig, um der Wirtschaft neuen Schwung zu geben. Vor allem eine neue Justierung von Lasten und Erträgen des hoch defizitären Renten-

## Pfad der Tugend





SHOBHA / CONTRASTO / AGENTUR FOCUS

und Schenkungsteuer werden abgeschafft

systems wird seit Jahren aufgeschoben. Die Italiener zahlen relativ geringe Beiträge, kassieren im Vergleich dazu ganz ordentliche Pensionen und gehen früher in den Ruhestand als im europäischen Durchschnitt üblich. Die Geburtenrate ist die zweitniedrigste in Europa, das Verhältnis von jungen Zahlern und alten Empfängern verschlechtert sich noch dramatischer als im übrigen Europa.

Zwei Drittel des Sozialhaushalts muss der Staat in die Rentenkassen pumpen, um die Defizite abzudecken. Durch Berlusconi's Renten-Versprechen erhöht sich der Betrag, den eine Reform umschichten müsste, nun noch beträchtlich.

Zugleich belastet seine Steuerpolitik die Einnahmenseite des Staatshaushalts zusätzlich. Die Ökonomen in der Rechts-Allianz des Medienzaren versuchen denn auch schon, die kühnen Verheißungen ihres Vormannes zu relativieren. Nur wenn die Wirtschaft entsprechend wachse, so der wohl künftige Finanzminister Giulio Tremonti, werde man die Steuern zügig senken können.

„Das Timing der Steuersenkungen“, bremst auch Antonio Marzano, Berlusconi-Berater und möglicher Industrieminister, die Erwartungen, „hängt von der Prüfung der Staatskonten und vom Wirtschaftswachstum ab.“

Doch dass Berlusconi die rhetorischen Brücken seiner Fachleute nutzt, um sich mit geringem Schaden aus seinen Wahlversprechen zu winden, ist alles andere als sicher. „Berlusconi mag keine Sparpolitik“, hat Patrick McCarthy, Professor an der Johns-Hopkins-Universität in Bologna, beobachtet, „er will geliebt werden.“

schen Partner Vertrauen in die damals entscheidenden römischen Köpfe hatten: in Regierungschef Romano Prodi und seinen Finanzminister Carlo Azeglio Ciampi. Mit einem Kraftakt begannen die beiden, ihr Land für den Euro fit zu machen – Steuern wurden erhöht, Staatsausgaben verringert, Schulden abgebaut.

Doch Prodi wurde von den eigenen Koalitionären nach Brüssel entsorgt, Ciampi zum vergleichsweise machtlosen Staatspräsidenten hochgelobt. Und jetzt hat Berlusconi das Sagen. Nächste Woche, voraussichtlich am 30. Mai, wird sich das Parlament konstituieren.

Bis Mitte Juni will der neue Premier sein Kabinett eingeschwohren haben. Dann wird es als Erstes das Staatsfernsehen Rai treffen. „Reiner Tisch“ werde dort jetzt gemacht, dröhnte ein Parteigänger Berlusconi. Der hatte das öffentliche Fernsehen seit Jahren als „Waffe der Linken“ attackiert.

Die Leitung des Senders soll gleich in den ersten Amtstagen ausgewechselt werden – und dazu unliebsame Moderatoren und Kabarettisten. „Von diesen Pfuschern“, drohte Lega-Nord-Chef Bossi, „wird bald keiner mehr reden.“

Zwei der drei Rai-Programme sollen, so steht es auf Berlusconi's Agenda, privatisiert, der Rest zu einem Schul- und Bil-

dungsfernsehen zurückgestutzt werden. Damit wäre das Feld frei für die Sender von Mediaset, das sich zurzeit mit der Rai und einem weiteren kleinen Privatsender die Zuschauer teilt.

Dann, ironisierte Raidue-Direktor Carlo Freccero die angekündigte Berlusconi-sierung des Fernsehens, werde „nur noch ein Hofnarr in Italien die Wahrheit sagen dürfen“.

Nach den TV-Journalisten will die neue Rechts-Regierung den Justizapparat an die Leine legen. Nicht die „kommunistischen Staatsanwälte“, von denen sich Berlusconi seit Jahren verfolgt sieht, sollen fortan entscheiden, gegen wen sie ermitteln. Das Parlament soll alljährlich festlegen, welche Verbrechen die Justiz mit Vorrang zu behandeln habe.

Im Parlament hat Berlusconi die Mehrheit. Er will, wie er in einem Interview darlegte, dass die Justiz sich künftig mehr um die Organisierte Kriminalität und weniger um Steuer- und Bilanzdelikte kümmert. Auch das wäre, zufällig, ganz hilfreich für ihn selbst: Mehrere Verfahren wegen solcher Vergehen sind gegen ihn anhängig.

Ein mehrfach angeklagter Ministerpräsident bestimmt künftig die Zukunft Europas mit. Sein Weg von der Mailänder Vorstadtstraße Via Volturmo in die Milliardärsvilla von Arcore führte durch schattige Wege und dunkle Tunnel, die bis heute nicht ganz erhellt worden sind. Seine Geschäfte waren stets gewagt, er hielt Kontakt zu windigen Partnern und großen Gönnern, die Herkunft seiner Gelder: oft unbestimmt

Gewiss: Fleißig und tüchtig muss er wohl gewesen sein, der junge Silvio. Nach dem

## Primat des Geldes Das Berlusconi-Imperium

### Familie Berlusconi

<p><b>FERNSEHEN</b>  <b>Mediaset</b>          Mit den drei größten Privatsendern Italia 1, Canale 5 und Rete 4 sowie dem TV-Vermarkter Publitalia 80 beherrscht Berlusconi den privaten italienischen Fernsehmarkt</p>	<p><b>KINO/FILM/VIDEO</b>  <b>Medusa Film</b>          führende Filmproduktions- und Verleihfirma  <b>Cinema 5</b>          Multiplex-Kinokette  <b>Blockbuster</b>          Videotheken</p>	<p><b>INTERNET</b>  <b>Newmedia Investment</b>          Internet-Portal Jumpy</p>
<p><b>TELEFONBÜCHER</b>  <b>Pagine Italia</b></p>	<p><b>SPORT</b>  <b>AC Milan</b>          Fußballclub in Italiens erster Liga</p>	<p><b>VERLAGE</b>  <b>Mondadori-Gruppe</b>          größter Zeitschriftenverlag Italiens (Nachrichtenmagazin „Panorama“); führendes Druck- und Verlagshaus mit den Verlagen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>● Elemond</li> <li>● Einaudi</li> <li>● Sperling &amp; Kupfer</li> </ul>
		<p><b>FINANZDIENSTLEISTUNGEN/IMMOBILIEN</b>  <b>Mediolanum</b>          Versicherungs- und Bankgeschäfte  <b>Edilnord</b>          Immobilienbestände im Wert von über 600 Millionen Mark</p>

DER SPIEGEL



E. KOCH / CONTRASTO / AGENTUR FOCUS

**Mafia-Prozess in Palermo (1986): Schattige Wege**

Abitur arbeitete er neben dem Jura-Studium als Staubsaugervertreter, Conférencier auf Musikdampfern und in einer Baufirma. Dort brachte er es zum Geschäftsführer. 1961 machte er sich selbständig und kam, niemand weiß genau, wie, ganz dick ins Geschäft: Seine Firma Edilnord errichtete Satellitenstädte an der Peripherie von Mailand. Da war Berlusconi gerade mal 25 Jahre alt.

Ende der siebziger Jahre begann er, sein elektronisches Imperium aufzubauen. 250 Millionen Mark flossen ihm damals von 22 „Holdings“ zu. Die Identität der Geldgeber hat Berlusconi bis heute sorgsam verborgen, niemand kennt sie.

Mit dem Kapital vernetzte der Aufsteiger kleine Lokalsender zu nationalen Fernsehstationen. Freundschaftlich und hilfreich zur Seite stand ihm dabei ein damals ganz Großer: der Sozialistenchef und langjährige Ministerpräsident Bettino Craxi. Der musste später vor einer drohenden Gefängnisstrafe nach Tunesien flüchten, wo er voriges Jahr starb.

Nach Craxi geriet Anfang der neunziger Jahre fast die gesamte politische Klasse Italiens ins Visier von Polizei und Staatsanwälten. „Mani pulite“ hieß das Motto der Aufräumer, „saubere Hände“. Mit ihren Gönnern und oft auch Erpressern aus dem Staatsapparat wanderten Hunderte von Unternehmern und Managern vor Gericht und manche ins Gefängnis. Auch Berlusconi war nahe dran.

Dreimal wurde er zu Haftstrafen verurteilt, sechs Jahre und fünf Monate drohten ihm insgesamt. Die Gründe waren illegale Parteienfinanzierung, die Bestechung von Finanzbeamten und Bilanzfälschung. Jedes Mal rettete Berlusconi sich glücklich auf dem Instanzenweg, mal

gab es einen Freispruch, mal eine rettende Verjährung.

Auch eine Amnestie war ihm zu Hilfe gekommen. Vor einem Gericht in Venedig hatte er über seine Mitgliedschaft in der berüchtigten Geheimloge P2 gelogen. In der hatten rechtsradikale Politiker und Armeeoffiziere mit gleich gesinnten Wirtschaftskapitänen ein mächtiges Netz geflochten, einen Staat im Staate, bereit zum Putsch, sollten die damals noch populären Kommunisten an die Regierung gewählt werden. Berlusconi wurde wegen Meineids verurteilt, aber er entging der Strafe durch eine Amnestie.

Ein halbes Dutzend Verfahren, etwa wegen Bilanzfälschung und Richterbestechung, sind derzeit noch offen. Aber auch



**AC-Mailand-Spieler mit Präsident\*:** Pfauen der Politik

die spanische Justiz ermittelt gegen Berlusconi. Beim Kauf von Anteilen an der Fernsehgesellschaft Telecinco soll der Mogul mit Tarnadressen gearbeitet und das Steuer- und Kartellrecht gebrochen haben. 64 Briefkastenfirmen in zahlreichen Steu-

\* Nach dem Finale im Europapokal der Landesmeister gegen Benfica Lissabon (1990).

erparadiesen, so glauben die Ermittler, verwalten für Berlusconi rund eine Milliarde Mark an Schwarzgeldern.

Sogar enger Kontakte zu Mafia-Bossen wurde der angehende Ministerpräsident immer wieder verdächtigt. Ausgerechnet in dieser Woche soll er in Palermo als Zeuge gegen seinen alten Vertrauten Marcello Dell'Utri aussagen. Der leitete lange Berlusconis Werbefirma Publitalia und gründete gemeinsam mit ihm die Forza-Italia-Partei, für die Dell'Utri im römischen Abgeordnetenhaus und im EU-Parlament sitzt. Nun steht er vor Gericht: Jahrelang soll er für die Unterwelt gearbeitet haben.

Ein anderer Vertrauter Berlusconis mit Mafia-Geruch ist voriges Jahr gestorben: Vittorio Mangano, der später als Cosa Nostra-Mann verurteilt wurde, hütete die Kinder in Berlusconis Arcore-Palast und saß mit am Tisch, wenn der Hausherr seine illustren Freunde aus Politik und Wirtschaft empfing.

Mafia-Aussteiger gaben zu Protokoll, das Kapital für Berlusconis TV-Imperium stamme vom damaligen Mafia-Boss Stefano Bonade. Bewiesen wurde das allerdings nie.

Zweifelhafte Geschäfte, dubiose Freunde, heikle Prozesse: Eine vergleichbare Verquickung privater und wirtschaftlicher Interessen samt gravierender persönlicher Justiz-Probleme mit dem Führungsamt im Staat wäre in jedem anderen Land schwer vorstellbar. In Italien haben der Verdacht auf Schwarzgeld und hemdsärmeliger Rechtsbruch vermutlich sogar geholfen.

Hohe Steuern und eine quälend langsame und unberechenbare Bürokratie nerven die Italiener seit Jahrzehnten. Eine ganze Nation bedient sich halb legaler oder auch gänzlich illegaler Tricks. Nur in Griechenland ist die Schattenwirtschaft größer.

Probleme mit der Justiz wie Berlusconi haben viele – sollen sie ihm seine krumm nehmen, nur weil die ein paar Nummern größer sind?

Das Vertrauen in staatliche Institutionen, das zeigen alle Umfragen, geht in Italien gegen null. Vor allem die politische Klasse hat ihre Glaubwürdigkeit verspielt, und das völlig zu Recht: Wie auf einer Operettenbühne produzierten sich die Matadore in Rom, verbündeten sich zu Koalitionen, die bei nächster Gelegenheit schnell wieder platzen. 156 Parlamentarier wechselten während der letzten Legislaturperiode die Partei,

manche sogar mehrmals. Ihre Arbeit ließen die Pfauen der Politik liegen.

So entstand die Sehnsucht nach einem starken Mann, nach Silvio Berlusconi. Der strahlte Optimismus und Erfolg aus, passte in das Wunschbild des Durchschnittsitalieners – und dazu noch Berlusconis schöne Frau, die Ex-Schauspielerinnen Veronica Lario, 44. Obschon dies die zweite Ehe des

# „Wir haben eine neue Doktrin“

Belgiens Außenminister Louis Michel über den Umgang mit Rechtsregierungen in der EU und die Frage, ob man in der Toskana Urlaub machen darf

**SPIEGEL:** Sie waren einer der härtesten Befürworter der EU-Maßnahmen gegen Österreich wegen des Regierungseintritts der rechten FPÖ Jörg Haiders. Jetzt übernimmt auch in Italien ein Rechtsbündnis die Macht. Müssten Sie nicht sofort Sanktionen gegen Rom fordern, um nicht als Heuchler dazustehen?

**Michel:** Dass an einer Regierung in Europa Leute wie Umberto Bossi und seine rassistische und fremdenfeindliche Partei teilnehmen können, schockiert mich. Der Rassist Bossi unterscheidet sich keinen Deut von Haider. Das sind keine Demokraten, das sind Leute des Ausschlusses und des Fremdenhasses. Sie teilen nicht die europäischen Werte.

**SPIEGEL:** Warum rufen Sie dann nicht nach Sanktionen?

**Michel:** Italien hat gewählt. Und ob es einem passt oder nicht, Herr Berlusconi – ich sage bewusst nicht die Rechte – hat gewonnen. Mir bleibt allerdings eine Genugtuung: Der von mir als sehr gefährlich und antidemokratisch eingeschätzte Bossi hat grandios verloren und mit seinen knapp vier Prozent einen schweren Schlag bekommen.

Daher gibt es einen entscheidenden Unterschied zu Österreich: Dort spielt Haider das Spiel, auf gleicher Höhe mit Kanzler Schüssel zu sein. Die ausländischerfeindliche FPÖ hat genauso viele Ministerposten im Kabinett wie die bürgerliche ÖVP. Das Gewicht der Rechtsextremen in der österreichischen Regierung ist also unvergleichlich größer. So viel Einfluss wie Haider wird Bossi nie auf die Regierung in Italien bekommen.

**SPIEGEL:** Trotzdem werden Sie als künftiger EU-Ratspräsident vom 1. Juli an Politiker dieser Couleur in Brüssel am Verhandlungstisch empfangen müssen. So soll der andere Berlusconi-Koalitionär, der Postfaschist Gianfranco Fini, Vize-Regierungschef werden.

**Michel:** Ich bin auch kein Sympathisant von Fini. Ich teile keineswegs seine Werte. Aber er scheint sich in den letzten Jahren gemäßigt zu haben. Jedenfalls waren keine antieuropäischen, ausländischerfeindlichen Ausfälle von ihm zu hören. Der zweite Unterschied zu Österreich ist: Wir haben eine neue europäische Doktrin im Umgang mit rechts ...



## Louis Michel

verkörpert den populären Volkliberalismus in Belgien. Als Vizepremier und Außenminister gehört er der belgischen Regierung unter dem ebenfalls liberalen Ministerpräsidenten Guy Verhofstadt seit 1999 an. Der frankophone, Pfeife rauchende Michel, 53, der seine berufliche Laufbahn als Lehrer für deutsche, englische und niederländische Literatur begann, gilt als politischer Moralist und fühlt sich deshalb zu radikaler Protesthaltung aufgegrufen, wo immer Rechtsextreme in Regierungen einziehen.

**SPIEGEL:** ... Sie meinen die Vereinbarung des EU-Gipfeltreffens von Nizza?

**Michel:** Ja, in Nizza haben wir, unter anderem auf mein Betreiben, den Artikel 7 des EU-Vertrags geändert. Danach ist jetzt ein Frühwarnsystem eingerichtet, und wir haben einen Sanktionsmechanismus. Verstößt ein Mitgliedsland gegen die EU-Verträge oder gegen europäische Werte, so können ihm EU-Rechte aberkannt werden.

**SPIEGEL:** Ist dieser Artikel nicht sehr schwammig gefasst, und müsste er nicht verschärft werden?

**Michel:** Eines Tages wird es eine Verschärfung geben. Aber in Nizza war eben Ende letzten Jahres nicht mehr herauszuholen. Ich bin Legalist, ich muss den Beschluss von dort anerkennen. Ich werde deshalb jetzt auch keine individuellen Initiativen gegen Italien ergreifen. Der Artikel ist eine erste, interessante Garantie gegen rechts.

**SPIEGEL:** Der französische Präsident Jacques Chirac, im Fall Österreich wie Sie ein Hardliner, hat Berlusconi als einer der Ersten gratuliert. Geht man in der EU mit den größeren Ländern vorsichtiger und höflicher um als mit den kleinen?

**Michel:** Nein, ich glaube nicht, dass hier die Größe eine Rolle spielt. Bei Österreich mussten wir zum ersten Mal Maßnahmen ergreifen und die Grenzen finden.

**SPIEGEL:** Waren die Sanktionen gegen Österreich eine politische Dummheit?

**Michel:** Meine harte Haltung werde ich sicherlich niemals bereuen. Ohne Öster-

reich hätte es keinen verschärften Artikel 7 gegeben. Außerdem: Wären wir nicht aktiv geworden, würde man heute eine rechtsextreme Regierungsbeteiligung doch nur banalisieren.

**SPIEGEL:** Wir verstehen, dass Sie sich als künftiger EU-Ratspräsident zurückhaltend äußern müssen. Im Falle Österreichs hatten Sie seinerzeit sogar einen Urlaubsboykott empfohlen. Nach bella Italia aber dürfen wir weiter fahren?

**Michel:** Dass ich damals die Belgier vom Skifahren in Österreich abhalten wollte,



Rechtsextremist Haider: „Sein Gewicht ist

war ein Fehler, ein temperamentsbedingter Irrtum. Ich wünsche mir heute im Gegenteil, dass massenweise Europäer und Demokraten nach Italien reisen und dort mit der Bevölkerung diskutieren. Der kulturelle Austausch bringt es.

**SPIEGEL:** Ihr Premierminister Guy Verhofstadt ist ausgesprochener Toskana-Fan.

**Michel:** Ja, er hat mich für diesen Herbst sogar in die Toskana eingeladen. Ich werde also auch dort meinen Urlaub verbringen.

**SPIEGEL:** Die belgische EU-Präsidentschaft will bis zum Gipfel auf Schloss Laeken Ende dieses Jahres die Diskussion um eine europäische Verfassung voranbringen. Räumen Sie dem Modell von Bundeskanzler Schröder, der eine starke EU-Exekutive und ein Zweikammer-System will, überhaupt Chancen ein?

**Michel:** Das Papier von Schröder und der SPD zum Thema Verfassung wie auch die Erklärung des deutschen Außenministers Fischer hierzu zeugen von einem festen Willen für Europa. Etliche andere Staaten sind da nicht so entschieden. Wir in den Benelux-Ländern waren immer für ein weitgehendes Europa-Modell, in dem viele Politikbereiche gemeinschaftlich gelöst werden, will heißen: Politik, die über Brüssel gemacht wird. Beim Punkt der starken europäischen Exekutive stimmen wir mit Schröder weitgehend überein.

**SPIEGEL:** Schröder verknüpft die europäische Neuordnung auch mit der dringenden Frage nach der „Kompetenzverteilung“.

**Michel:** Der deutsche Kanzler will geklärt haben, was künftig die Zuständigkeit der Brüsseler Ebene sein wird und was die Zuständigkeit der Mitgliedsländer ist.

Agrar- und Strukturpolitik sollen da beispielsweise wieder zurückverlagert werden in die Nationen. Der Schröder-Plan klingt effizient, in der Öffentlichkeit wirkt das sympathisch.

Wenn damit allerdings erfolgreich integrierte Politikbereiche, wie etwa der Binnenmarkt, zu dem auch die Strukturpolitik gehört, demontiert werden sollen, kann ich nicht zustimmen. Beim Punkt der „Kompetenzabgrenzung“ bedürfen die Schröder-Vorschläge einer deutlichen Präzisierung.

INTERVIEW:  
SYLVIA SCHREIBER



größer“



**Ehepaar Berlusconi:** Villa mit 147 Zimmern

Magnaten ist, hat er auch noch ein gutes Verhältnis zu Papst Johannes Paul II., mehr ist nicht möglich.

„Warum“, so die Logik des Zeitungs- und Tabakverkäufers, der kleinen Fabrikanten im wirtschaftsstarken Norden und der Bauern im strukturschwachen Süden, „warum soll der es nicht einmal probieren? Was kann er schon verschlimmern?“

Auch ihre Reputation währten die Italiener in Gefahr: geringes Wachstum, die höchsten Schulden, Rückstand bei modernen Technologien, eine brüchige Infrastruktur. Italiens Lack sei ab, Berlusconi solle übernehmen, glaubten die Wähler.

Italiener denken an ihre Familie, an die Freunde, maximal an ihr Dorf oder an ihre Stadt – ein Nationalgefühl haben sie nicht. Das ist das gängige Klischee südländischer Befindlichkeit. Tatsächlich reagiert das Italienvolk empfindlich, wenn es um das Ansehen seines „bel paese“ geht, des wahrlich schönen Landes.

Sie haben den besten Käse und die eleganteste Mode der Welt, den köstlichsten Wein und die herrlichsten Kirchen, sogar wieder saubere Strände. So wie jeder Italiener „bella figura“ machen will, einen überzeugenden Eindruck, soll auch sein Land glänzen.

Kritik von außen ist wenig willkommen, schon gar nicht aus Deutschland, dem Objekt der italienischen Hassliebe.

Empörung herrschte im Land, als vorletzte Woche deutsche Medien italienischen Pasta-Weizen in den Verdacht radioaktiver Behandlung brachten und über Chemierückstände in Erdbeeren berichteten. Die Deutschen wollten die Konkurrenz aus dem Süden ausschalten, grollten Zeitungskommentatoren, Verbandsfunktionäre und Marktfrauen.

Die Italiener messen sich an den Deutschen, bewundern deren Effizienz, bedauern aber deren karge Welt und deren Essen mit dunklen, schweren Soßen. Sie schätzen die Deutschen, so lautet ein gängiger Soziologensatz, aber sie lieben sie nicht.

Deutsche, umgekehrt, lieben die Italiener, aber schätzen diese nicht.

Die Deutschen zog es schon immer gen Süden. Sie kamen als Eroberer – von Kaiser Friedrich Barbarossa bis zu den Divisionen Hitlers – oder als Schwärmer. Goethe fand im Land, in dem die Zitronen blühen, die „Urphänomene“ aller menschlichen Existenz, verbrachte in Rom und Sizilien „die glücklichste Zeit meines Lebens“. Die deutschen Romantiker himmelten die Berge im Trentino und die Wasserfälle von Terni an. Einen klaren Blick aufeinander fanden Deutsche und Italiener nie. Bis heute nehmen sie vor allem ihre Vorurteile wahr: Musik und Mafia, Pasta und Pizza, Banken und Beethoven, Kartoffeln und Kraut.

Gemeinsam mit Frankreich dominieren die Teutonen die Europäische Union. Italien, Gründungsmitglied und Europa-be-

### Die römische Rechte will eine „katholische Südachse“ mit Spanien schmieden

geistert, wird oft übergangen oder als Schlusslicht befragt. Das schmerzt.

Eine „katholische Südachse“ mit Spanien stellt Berlusconis Rechtsfront in Aussicht. Gemeinsam werde man den dominanten Galliern und Germanen Paroli bieten. Erster Konfliktfall: Die Osterweiterung der EU werde von Rom „abgebremst“, so der künftige Wirtschaftsminister Giulio Tremonti, wenn es keine „Kompensation“ für den italienischen Süden gibt.

Der ehemalige Außenhandelsminister Renato Ruggiero, Fiat-Manager, Chef der Welthandelsorganisation und heute Banker in der Londoner City, soll die neue Außenpolitik als Ressortchef exekutieren.

Statt auf Europa will Berlusconi mehr auf die USA setzen. „Ich stehe auf Seiten Amerikas“, biederte er sich der „New York Times“ an, „noch ehe ich weiß, wo Amerika selber steht.“ 45 Minuten habe er am Mittwoch mit Bush telefoniert, prahlte

er. Und natürlich ist Berlusconi wie Bush gegen das Umweltabkommen von Kyoto.

Am Donnerstag machte der designierte römische Regierungschef telefonisch auch dem deutschen Kanzler seine Aufwartung. Italien bleibe verlässlich, ein guter Euro-Partner, versuchte er Schröders Vorbehalte gegen die neuen Herren des Stiefellandes abzubauen. Auch vor Bossi müsse sich niemand fürchten: Der Lega-Chef werde nicht gebraucht zum Regieren, der werde nichts zu sagen haben.

Berlusconi verspricht, was alle wünschen. Dabei hat er das alles schon einmal versprochen: 1994, bei seinem ersten Versuch zu regieren.

Seine neue Partei Forza Italia hatte er im Jahr zuvor aus dem Boden gestampft. PR-Strategen seiner Werbegesellschaft Publitalia mit ihrem weit verzweigten Filial- und Netzwerke zogen überall im Land Forza-Italia-Clubs auf. Der Wahlkampf war geplant wie für Waschpulver, und Geld spielte keine Rolle. Seine Fernsehkanäle sendeten das Hauptprogramm: Berlusconi. Der Überitaliener offerierte sich als Exorzist, der die kommunistischen Geister verjagen und ein schöneres Italien für alle schaffen würde.

Ein Rechtsbündnis, das damals aus der Taufe gehoben wurde, machte den politischen Neuling zum Regierungschef. Zum ersten Mal in der italienischen Nachkriegsgeschichte erhielten durch ihn Neofaschisten Ministerämter.

Kaum im Amt, zog die Berlusconi-Truppe gegen die „Mani pulite“-Justiz ins Gefecht. Ihr „decreto Biondi“, benannt nach Justizminister Alfredo Biondi, wurde vom Volksmund in „decreto salva ladri“ umgetauft, in den „Rettungserlass für Diebe“.

Bestechung und Erpressung wurden darin zu geringfügigen Vergehen herabgestuft, 156 Personen wurden umgehend aus der Untersuchungshaft entlassen, darunter viele Mafiosi – und ein früherer Minister. Als halb Italien auf der Straße demonstrierte und die Regierung mit Protestschreiben eindeckte, wurde das Dekret allerdings zurückgezogen.

Außer Staatsanwälten und Richtern standen die Fernsehleute der Rai am Berlusconi-Pranger: Alle Programm- und Nachrichtendienstleiter wurden auf Regierungstreue hin durchleuchtet und, wo es nötig schien, ersetzt. In den Nachrichten dominierten plötzlich Modenschauen und Berichte über Prominente, die Regierung ließ eigene Werbespots ausstrahlen. Tg1, die Rai-Hauptnachrichtensendung, verlor Zuschauer, Meinungsführer wurde Tg5 – vom Berlusconi-Fernsehen.

So schön hätte alles werden können für König Berlusconi und seinen Hofstaat –



**Berlusconi bei Papst Johannes Paul II.**  
*Gutes Verhältnis*

hätte es diesen rüden Rüpel aus dem Norden nicht gegeben: Umberto Bossi. Dessen Lega Nord ist als Protestpartei der kleinen Leute entstanden, die sich über korrupte Politiker ebenso erregen wie über kriminelle Ausländer. Auch eine Rentenkürzung stieß auf Widerstand. Bossi vertierte deshalb im November 1994 erstmals mit der Opposition gegen den Chef.

„Niemand mehr“ wollte er, Berlusconi, mit dem ungetreuen Vasallen zu tun haben, schwor der Medien-Magier nach seinem abrupten Abgang – und Bossi versprach dasselbe. Nun hocken beide wieder beisammen als Freunde.

Bossi hat indessen ein Problem. Weil er seine Aktivisten der Lega Nord an die Leine gelegt und auf einen Pakt mit Berlusconi eingeschworen hat, sind ihm die Anhänger und Wähler davongelaufen. Von 10,1 Prozent der Stimmen 1996 sackte die Lega auf 3,9 Prozent ab. Wahlverlierer Bossi braucht einen Erfolg, sonst ist es politisch um ihn geschehen.

Den Präsidentenstuhl in einer der beiden Kammern und das Innenministerium fordert er nun für seine Lega-Leute und vor allem die „Devolution“: die Dezentralisierung staatlicher Macht und Aufgaben, mehr Selbstverwaltung der Regionen sowie mehr Steuermittel denen, die sie aufbringen. Berlusconi müsse all das in den ersten 100 Amtstagen erledigen, fordert Bossi, „sonst platzt das Ganze“.

Doch die Wehr Bossis schimmert nicht mehr, seine Truppen reichen nicht aus, um Berlusconi die Mehrheit zu nehmen. Der unheimliche Milliardär hat freie Bahn.

HANS-JÜRGEN SCHLAMP